

# Anti-Islam-Populismus

## Werden Muslime in Österreich zu Sündenböcken?

■ ADALBERT KRIMS



Adalbert Krims, geboren 1948 in Freistadt OÖ. Zunächst Redakteur bei der Monatszeitschrift „Neues Forum“. Dann bis 1990 Informationsarbeit bei verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Seit 1991 Redakteur beim ORF, seit 2003 in der Hörfunk-Religionsabteilung.

Österreich gilt in Europa als Modell für das Verhältnis zwischen einem westlichen Staat und dem Islam, was auch die offizielle Politik gerne hervorhebt. So hat das Außenministerium in den vergangenen Jahren zahlreiche internationale Begegnungen mit hochrangigen Vertretern des Islam unterstützt oder sogar selbst veranstaltet. Auf seiner Homepage heißt es dazu: „Voraussetzung dieser Initiativen waren die gesetzliche Anerkennung des Islams in Österreich 1912, ausgezeichnete Beziehungen zur Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, der offiziellen Vertretung der etwa 400.000 in Österreich lebenden MuslimInnen, sowie zu einem breiten Spektrum muslimischer Organisationen hier, in Europa und weltweit.“

### Islam als Feindbild

Andererseits ist der Islam nun schon seit geraumer Zeit zu einem Feindbild in Wahlkämpfen geworden. Ein erster trauriger Höhepunkt wurde mit der FPÖ-Plakatserie im September 2005 (u.a. „Daham statt Islam“, „Pummerin statt Muezzin“) erreicht. Und im Jänner 2008 erreichte die inzwischen in den Nationalrat aufgerückte damalige Grazer FPÖ-Gemeindepolitikerin Susanne Winter mit Angriffen auf den Propheten Mohammed („Kinderschänder“) und die Muslime (u.a. „Muslimischer Einwanderungs-Tsunami“, „Feindreligion Islam“) sogar international (negative) Bekanntheit. Im Jänner d.J. wurde sie gerichtlich in erster Instanz wegen „Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren“ verurteilt.

Auf offizieller Ebene war aber bis vor kurzem klar, dass der Islam volle Gleichberechtigung mit den anderen anerkannten Religionsgemeinschaften genießt und durch die Islamische Glaubensgemeinschaft

(IGGiÖ) bzw. deren Organe vertreten wird. Um das zu unterstreichen, wurde z.B. IGGiÖ-Präsident Anas Schakfeh mit Verdienstorden ausgezeichnet und luden Präsident und Kanzler alljährlich zum Fastenbrechen in ihre Amtsräume. In diesem Zusammenhang ist aber bemerkenswert, dass seit einigen Jahren immer wieder Medienberichte erscheinen (oder lanciert werden), die speziell auf die Deligitimierung der Islamischen Glaubensgemeinschaft, die Verdächtigung ihrer Repräsentanten als (ausländisch ferngesteuerte) „Fundamentalisten“ und die Untergrabung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Repräsentanten des Staates und der IGGiÖ abzielen. Ein Beispiel dafür war etwa die „Enthüllung“ im November 2007, wonach die IGGiÖ einen „Terrorverdächtigen“ bei den Fastenbrechen beim Bundespräsidenten und beim Bundeskanzler eingeschleust habe. Einige Tage gab es beträchtlichen Medienwirbel, der für den Betroffenen existenzgefährdend war. Die polizeilichen Ermittlungen erbrachten aber keinerlei Bestätigung für den „Verdacht“. Das war dann allerdings nicht mehr berichtenswert ...

### Skandal um längst bekannte Studie

Eine ähnliche Inszenierung lief im Jänner/Februar d.J. in Bezug auf den islamischen Religionsunterricht ab. Seit September 2008 liegt die Dissertation von Mouhanad Khorchide „Der Islamische Religionsunterricht zwischen Integration und Parallelgesellschaft“ in gebundener Form in der Nationalbibliothek auf. Die 200seitige Arbeit, in der auch eine (wissenschaftliche umstrittene) Befragung von rund 200 ReligionslehrerInnen vom Sommer 2007 eingebaut ist, war bereits am 14. Dezember

2008 Gegenstand eines ausführlichen und ausgewogenen Beitrags im ORF-Fernseh-Religionsmagazin „Orientierung“ – ohne weiteres öffentliches Echo. Sechs Wochen später wurden ein paar Details aus dieser Dissertation (übrigens ohne Wissen und auch ohne Befragung des Autors) zu einem Skandal aufgebauscht. Khorchides Beteuerungen, seine Arbeit sei verzerrt dargestellt und einzelne Ergebnisse aus dem Zusammenhang gerissen worden, gingen medial weitgehend unter. Auf Grund des Ausmaßes der Berichterstattung sahen sich auch Politiker aller Parteien bemüßigt, Kommentare zu den „Ergebnissen der Studie“ (deren Inhalt sie gar nicht kannten) abzugeben. Einerseits wurden sogar Gesetzesänderungen gefordert oder „nicht ausgeschlossen“ – andererseits verlangten neben FPÖ und BZÖ nun auch die Grünen den Rücktritt von IGGiÖ-Präsident Schakfeh. Weniger konkret (aber „betroffen“) waren die Reaktionen aus der SPÖ, am zurückhaltendsten noch aus der ÖVP (wohl wissend, dass Änderungen beim Religionsunterricht alle anerkannten Religionsgemeinschaften, also auch die römisch-katholische Kirche, betreffen würden).

### Unjournalistische Vorverurteilung

Nur zwei Wochen später wurde ein islamischer Religionslehrer in Wien öffentlich als „Antisemit“ entlarvt, da er im Religionsunterricht Flugzettel verteilt und dazu aufgefordert habe, nicht in jüdischen Geschäften einzukaufen. Binnen weniger Stunden kündigte die Bildungsministerin in einem ORF-Interview die sofortige Suspendierung des betreffenden Lehrers an (mit der fragwürdigen juristischen Begründung, es sei „Gefahr im Verzug“). Politiker aller Parteien klatschten Beifall. Der STANDARD brachte als einziges Medium wenigstens zwei Tage später ein Interview mit dem suspendierten Lehrer, in dem dieser keineswegs einen fanatischen oder fundamentalistischen Eindruck machte, sondern sich als gut integrierter und gut deutsch sprechender 33jähriger aus der Türkei stammender österreichischer Staatsbürger auswies, der sich klar vom Antisemitismus distanziert. Seine

Version: er habe erstens keine Flugzettel verteilt, sondern Schüler hätten diese aus dem Internet heruntergeladen, und zweitens sei es darin um den Boykott von Konzernen, die Israels Gaza-Krieg unterstützen, und nicht um den Einkauf in jüdischen Geschäften gegangen. Ob die Darstellung des Betroffenen nun stimmt oder nicht, er hätte zumindest angehört werden müssen. Oder gilt gegenüber Muslimen automatisch die „Schuldvermutung“? Die Vorverurteilung nicht nur durch Medien, sondern auch durch die Chefin der obersten Schulbehörde ist jedenfalls kein besonderer Dienst am Rechtsstaat, zu dessen Respektierung die in Österreich lebenden Muslime immer wieder aufgefordert werden. Die IGGiÖ hat übrigens das Dienstverhältnis mit dem Religionslehrer unverzüglich nach der Suspendierung einvernehmlich gelöst. Offenbar war der mediale und politische Druck so groß, dass das Abwarten eines fairen Disziplinarverfahrens für beide Seiten nicht mehr möglich erschien.

### Nicht den Falschen in die Hände spielen

Dass FPÖ und BZÖ weiterhin mit Anti-Islam-Populismus auf Stimmenfang gehen werden, ist wohl nicht zu verhindern. Umso mehr sollten aber die anderen Parteien vermeiden, auf diesen Zug aufzuspringen. Dies wäre nämlich gesellschaftspolitisch unverantwortlich – und sogar wahltaktisch sinnlos, weil nur die Rechten davon profitieren würden. Der Islam ist heute bereits die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Österreich und wird rechtlich durch die IGGiÖ vertreten, die sich unzweideutig zu Demokratie und Rechtsstaat bekennt und ihre Kooperationsbereitschaft mit den staatlichen Organen immer wieder unter Beweis stellt. Eine Delegitimierung der offiziellen Glaubensgemeinschaft könnte außerdem einer Aufsplitterung und auch Radikalisierung unter den Muslimen Vorschub leisten. Das konstruktive Verhältnis zur IGGiÖ hat daher für die Integration der muslimischen Minderheit große Bedeutung und dient letztlich dem gesellschaftlichen Frieden des ganzen Landes.

■ Gilt gegenüber Muslimen automatisch die „Schuldvermutung“?